

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Juli 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
zur Regelung der Saarfrage**

A. Zielsetzung

Der Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße sowie die damit verbundene durchgehende Schiffbarkeit der Saar mit der Mosel machten es erforderlich, diejenigen Bestimmungen des Saarvertrags, die sich auf die Binnenschifffahrt beziehen, zu überarbeiten und an die Möglichkeiten anzupassen, die mit der Fertigstellung des Ausbaus gegeben sind.

Darüber hinaus bestand Übereinstimmung, den beiderseitigen Wunsch nach Verbesserung der Gewässergüte der Saar sowie die Einrichtung eines Melde- und Informationssystems bei plötzlicher Gewässerverschmutzung im Saarvertrag festzuschreiben.

B. Lösung

Artikel 39 Abs. 4 und Anlage 8 des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saarfrage sollen so geändert werden, wie dies in den Artikeln 1 und 2 des Abkommens vom 19. Juli 1994 ausgeführt wird.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 22. 09. 95

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrat

Drucksache 465/95

11. 08. 95

VP - U

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Juli 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
zur Regelung der Saarfrage**

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

031 (323) - 932 00 - Sa 1/95 (NA 1)

Bonn, den 11. August 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Juli 1994 zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der
Französischen Republik zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober
1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen
Republik zur Regelung der Saarfrage

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 22. 09. 95

Entwurf**Gesetz****zu dem Abkommen vom 19. Juli 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
zur Regelung der Saarfrage****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 19. Juli 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommen zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage (BGBl. 1956 II S. 1587) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen vom 19. Juli 1994 nach seinem Artikel 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen zur Änderung des Saarvertrags findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen zur Änderung des Saarvertrags nach seinem Artikel 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Gesetz nicht zu erwarten; das gilt auch für das Abkommen zur Änderung des Saarvertrags.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
zur Regelung der Saarfrage

Accord
entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le gouvernement de la République française
portant modification du traité du 27 octobre 1956
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
sur le règlement de la question sarroise

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Französischen Republik –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
 et
 le Gouvernement de la République française

unter Bezugnahme auf Artikel 39 Absatz 4 des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saarfrage, der vorsieht, daß die Bestimmungen dieses Artikels und der Anlage 8 zu überprüfen sind, wenn ein Verkehr auf dem Wasserwege zwischen der Saar und der Mosel möglich werden sollte,

In Anbetracht des Ausbaus der Saar zur Schaffung eines für die Großschifffahrt offenen Wasserwegs sowie der durchgehenden Schiffbarkeit der Saar ab der Mosel, die dank diesen Arbeiten möglich wird –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 39 des Vertrags vom 27. Oktober 1956 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 39

(1) Die die Saar betreffenden Fragen, die für die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik von gemeinsamem Interesse sind, sind in Anlage 8 geregelt.

(2) Die Bestimmungen des Titels II in Anlage 8 über die Binnenschifffahrt gelten nur für Schiffe, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens in den Schiffsregistern von Merzig oder Saarbrücken oder in einem französischen Schiffsregister eingetragen sind. Bei der Befrachtung genießen diese Schiffe auf der Saar und auf den französischen Schifffahrtsstraßen die gleichen Rechte.

Diese Bestimmungen werden bei Inkrafttreten von Vorschriften hinfällig, die auf diesem Gebiet in Anwendung der Römischen Verträge erlassen werden.

(3) Für die anderen Schiffe gelten die jeweiligen nationalen oder internationalen Vorschriften.*

se référant au paragraphe 4 de l'article 39 du Traité du 27 octobre 1956 sur le règlement de la question sarroise, qui prévoit que les dispositions de cet article ainsi que celles de l'annexe 8 devront être révisées au cas où un trafic par voie navigable deviendrait possible entre la Sarre et la Moselle,

considérant l'aménagement de la Sarre pour créer une voie ouverte à la grande navigation ainsi que la navigabilité de bout en bout de la Sarre à partir de la Moselle, qui deviendra possible grâce à ces travaux,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

L'article 39 du Traité du 27 octobre 1956 est remplacé par le texte suivant:

«Article 39

(1) Les questions d'intérêt commun pour la République fédérale d'Allemagne et pour la République française relatives à la rivière Sarre sont réglées par l'annexe 8.

(2) Les dispositions du Titre II de l'annexe 8 sur la navigation fluviale ne sont applicables qu'aux bateaux inscrits dans les registres de Merzig ou de Saarbrück ou dans un registre français à la date de la signature du présent Accord. En ce qui concerne leur affrètement, ces bateaux jouissent sur la Sarre et sur les voies navigables françaises des mêmes droits.

Ces dispositions deviennent caduques lors de l'entrée en vigueur de dispositions prises en application des Traités de Rome sur la même matière.

(3) Pour les autres bateaux, les prescriptions nationales respectives ou internationales s'appliquent.»

Artikel 2

Anlage 8 des Vertrags vom 27. Oktober 1956 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 6 Absatz 1 wird gestrichen.
2. Artikel 7 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

„Die Aufgaben, die unter das Wasserrecht fallen, werden von den zuständigen Behörden beider Länder auf dem in ihrem Gebiet liegenden Teil der Saar ausgeübt.“

3. Artikel 8 wird wie folgt geändert:

„(1) Die beiden Regierungen treffen jede für ihren Bereich die erforderlichen Maßnahmen, um die Qualität des Wassers der Saar zu verbessern. Die gleiche Verpflichtung übernehmen sie auch für die Zuflüsse der Saar.“

(2) Die beiderseitigen zuständigen Behörden unterhalten einen Melde- und Warndienst, der die betreffenden Stellen über plötzliche Verunreinigungen der Saar durch Stoffe unterrichtet, die die Qualität des Wassers beeinträchtigen können. Die Einzelheiten werden von der Internationalen Kommission zum Schutz der Saar gegen Verunreinigung festgelegt.“

4. Artikel 9 Absatz 1 wird durch einen zweiten Satz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„Die Einzelheiten werden durch ein gesondertes Abkommen zwischen den Regierungen festgelegt.“

In Artikel 9 werden die Absätze 2 und 3 gestrichen.

5. In Artikel 10 Absatz 1 werden die Worte „auf der kanalisiertem Saar“ durch die Worte „auf der gemeinsamen Grenzstrecke der Saar“ ersetzt.

Artikel 10 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Die unter Artikel 39 Absatz 2 des Vertrags fallenden Schiffe, die auf den in jenem Absatz genannten Schiffsstraßen verkehren, müssen das gültige Dokument über die technische Zulassung zur Schifffahrt auf diesen Wasserstraßen mitführen.“

6. Artikel 10 Absatz 3 wird gestrichen.

7. Artikel 11 wird gestrichen.

8. Artikel 12 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

„(1) Für Transporte von an der Saar liegenden Ladeplätzen zu Löschplätzen, die sich an französischen Schiffsstraßen befinden, erfolgt die Befrachtung der unter Artikel 39 Absatz 2 fallenden Schiffe im Frachtenbüro Saargemünd und unterliegt den geltenden Befrachtungsvorschriften für die französischen Wasserstraßen.“

Artikel 12 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Im Wechselverkehr zwischen Lade- und Löschplätzen an der Saar und solchen an französischen Schiffsstraßen sind für die Befrachtung der unter Artikel 39 Absatz 2 fallenden Schiffe unter Anwendung durchgerechneter Tarife die französischen Binnentarife maßgebend.“

Der Wortlaut des Artikels 12 Absatz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 kommen nicht zur Anwendung, wenn die Transporte über die Mosel erfolgen.“

In Artikel 12 Absatz 4 wird der Ausdruck „regionale Befrachtungs- und Betriebskommission in Straßburg“ durch „beratende Betriebskommission in Straßburg“ ersetzt.

9. Artikel 13 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

„(1) Für die in Artikel 39 Absatz 2 genannten Schiffe ist der Nachweis über die Eintragung in den Schiffsregistern durch

Article 2

L'annexe 8 du Traité du 27 octobre 1956 est modifiée comme suit:

1. Le paragraphe 1 de l'article 6 est supprimé.
2. La première phrase du paragraphe 2 de l'article 7 est modifiée comme suit:

«Les fonctions relevant du régime juridique des eaux sont remplies par les autorités compétentes des deux pays sur la partie de la Sarre située sur leur territoire.»

3. L'article 8 est modifié comme suit:

«(1) Les deux Gouvernements prennent chacun dans le domaine de sa compétence les mesures nécessaires en vue d'améliorer la qualité de l'eau de la Sarre. Ils prennent les mêmes engagements en ce qui concerne les affluents de la Sarre.»

(2) Les autorités compétentes des deux pays maintiennent un service de surveillance et d'alerte qui informera les services intéressés de pollutions subites de la Sarre par des substances risquant de porter atteinte à la qualité de l'eau. Les modalités seront fixées par la Commission Internationale pour la protection de la Sarre contre la pollution.»

4. Le paragraphe 1 de l'article 9 est complété par une deuxième phrase libellée comme suit:

«Les modalités sont réglées par un Accord séparé pris entre les Gouvernements.»

Les paragraphes 2 et 3 de l'article 9 sont supprimés.

5. Au paragraphe 1 de l'article 10, les mots «sur la Sarre canalisée» sont remplacés par les mots «sur la section commune de la rivière Sarre formant frontière.»

Le paragraphe 2 de l'article 10 est modifié comme suit:

«(2) Les bateaux, visés au paragraphe 2 de l'article 39 du Traité, circulant sur les voies navigables mentionnées dans le paragraphe précité, doivent être munis du document d'admission technique à la navigation valable sur ces voies.»

6. Le paragraphe 3 de l'article 10 est supprimé.

7. L'article 11 est supprimé.

8. Le paragraphe 1 de l'article 12 est modifié comme suit:

«(1) Pour les transports de lieux d'embarquement sur la Sarre vers des lieux de débarquement situés sur des voies navigables françaises, l'affrètement des bateaux visés au paragraphe 2 de l'article 39 s'effectue au bureau d'affrètement de Sarreguemines et est soumis à la réglementation applicable en matière d'affrètement applicable aux voies navigables françaises.»

Le paragraphe 2 de l'article 12 est modifié comme suit:

«(2) Pour les transports entre des lieux d'embarquement et de débarquement situés sur la Sarre et ceux situés sur des voies navigables françaises, les tarifs intérieurs français sont appliqués de bout en bout pour l'affrètement des bateaux visés au paragraphe 2 de l'article 39.»

Le texte du paragraphe 3 de l'article 12 est remplacé par le texte ci-après:

«(3) Les paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas au cas où les transports seraient effectués via la Moselle.»

Le texte du paragraphe 4 de l'article 12 est modifié en remplaçant l'expression «Commission régionale des frets et de l'exploitation de Strasbourg» par «Commission consultative d'exploitation de Strasbourg».

9. A l'article 13, le paragraphe 1 est modifié comme suit:

«(1) Pour les bateaux visés au paragraphe 2 de l'article 39, la preuve de leur immatriculation est fournie par une copie

eine beglaubigte Kopie aus dem deutschen Schiffsregister oder einen Auszug aus dem französischen registre d'immatriculation zu erbringen."

Artikel 13 Absatz 2 wird gestrichen.

10. In Artikel 14 werden die Absätze 1 und 2 gestrichen.

Artikel 14 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

„(3) Französische Schiffsführer, die Motorschiffe auf der Saar steuern, müssen ein Befähigungszeugnis zum Führen derartiger Fahrzeuge bei sich führen. Dasselbe gilt für deutsche Schiffsführer, die Motorschiffe auf französischen Schiffsstraßen steuern.“

11. Artikel 15 wird gestrichen.

Artikel 3

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

Geschehen zu Paris am 19. Juli 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

certifiée conforme du registre allemand ou par un extrait du registre d'immatriculation français».

Le paragraphe 2 de l'article 13 est supprimé.

10. Les paragraphes 1 et 2 de l'article 14 sont supprimés.

Le paragraphe 3 de l'article 14 est modifié comme suit:

«(3) Les mariniers français pilotant des bateaux à moteur sur la Sarre doivent être en possession d'un certificat de capacité pour la conduite des embarcations à moteur. La même règle est applicable aux mariniers allemands pilotant des bateaux à moteur sur les voies navigables françaises».

11. L'article 15 est supprimé.

Article 3

Le présent Accord entrera en vigueur dès que les deux parties contractantes se seront mutuellement notifiées que les conditions nécessaires à l'entrée en vigueur sont remplies sur le plan national. Sera considéré comme date d'entrée en vigueur le jour de réception de la dernière notification.

Fait à Paris le 19 juillet 1994 en double exemplaire, chacun en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant foi également.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
Jürgen Sudhoff

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Alain Juppé

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zur Änderung des Saarvertrags ist am 19. Juli 1994 in Paris unterzeichnet worden.

Mit dem Abkommen wird dem Artikel 39 Abs. 4 des Saarvertrags Rechnung getragen, in dem die beiden Vertragsstaaten Deutschland und Frankreich aufgefordert werden, die Bestimmungen dieses Artikels und der Anlage 8 zu überprüfen, wenn ein Verkehr auf dem Wasserwege zwischen der Saar und der Mosel möglich werden sollte.

Die Voraussetzungen dazu waren erfüllt worden durch den Ausbau eines Teilabschnitts der Saar von Dillingen bis zur Mündung in die Mosel als Großschiffahrtsstraße, eine Baumaßnahme, die im Oktober 1987 fertiggestellt wurde.

Die anschließend durchgeführte Überprüfung der für die Binnenschifffahrt einschlägigen Bestimmungen des Saarvertrags ergab die Notwendigkeit ihrer Anpassung an die Gegebenheiten nach dem Ausbau. Darüber hinaus wurde unter Berücksichtigung des gewachsenen Umweltbewußtseins die Forderung nach Verbesserung der Gewässergüte der Saar sowie nach Einrichtung eines Melde- und Informationssystems bei plötzlicher Gewässerverschmutzung in den Saarvertrag mit aufgenommen.

B. Zu den Einzelbestimmungen

Zu Artikel 1

Die in Artikel 39 des Saarvertrags enthaltenen Bestimmungen sind zusammengefaßt und aktualisiert. Des weiteren ist eine Klausel eingefügt, die festlegt, daß EU-Vorschriften, welche sich auf diese Materie beziehen, an die Stelle der Bestimmungen dieses Artikels treten.

Zu Artikel 2

Die einzelnen Bestimmungen der Anlage 8 wurden den aktuellen Erfordernissen angepaßt.

Zu Nummer 1

Der erste Absatz des Artikels 6 hat heute keine Bedeutung mehr und ist deshalb entbehrlich.

Zu Nummer 2

Die textliche Änderung dient der Klarstellung. Gemeint sind sowohl wasserwirtschaftliche als auch wasserwegerechtliche Aufgaben und erstere fallen in die Verwaltungskompetenz der Länder.

Zu Nummer 3

Es wird an beide Regierungen appelliert, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen bzw. anzuregen, um eine Verbesserung der Gewässergüte herbeizuführen, ohne daß eine Festschreibung auf eine bestimmte Güteklasse erfolgt. Die vorgeschlagene Formulierung läßt einen gewissen Vollzugsspielraum.

Im neuen Absatz 2 wird die Pflicht begründet, für Umweltkatastrophen, die die Saar betreffen, einen Warn- und Alarmdienst zu unterhalten.

Zu Nummer 4

Bei dem in Artikel 9 Abs. 1 Satz 2 erwähnten Übereinkommen handelt es sich um das Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über das Hochwassermeidewesen im Moseleinzugsgebiet. Parallel hierzu wurde zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland eine diesbezügliche Verwaltungsvereinbarung geschlossen.

Zu Nummer 5

Die vorgenommene Änderung stellt einen praxisgerechten Kompromiß dar. Die Binnenschiffahrtsstraßen-Ordnung gilt nunmehr auch auf dem deutschen Teil der gemeinsamen Grenzstrecke. Daß auf der französischen Seite französisches Recht gilt, ist für die Schifffahrt unschädlich, da die französischen Regelungen mit den deutschen identisch sind.

Artikel 10 Abs. 2 ist entsprechend angepaßt, da das Wasser- und Schiffsamt Saarbrücken keine Schiffsatteste mehr ausstellt.

Zu Nummer 6

Das Schlepptomopol auf der Saar vom 20. Januar 1942 (RGBl. 1942 II S. 117) wurde durch Artikel 20 des Ersten Rechtsbereinigungsgesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560, 569) aufgehoben. Der Treidelbetrieb ist seit 1970 sowohl auf der Saar als auch auf dem anschließenden Saar-Kohle-Kanal eingestellt und wird zukünftig nicht mehr aufgenommen.

Zu Nummer 7

Mit der Einstellung des Schlepp- und Treideldienstes ist der Regelungsbedarf für Schlepp- und Treidelgebühren entfallen.

Zu Nummer 8

Die Änderung des Artikels 12 Abs. 1 ergibt sich aufgrund der Änderung des Artikels 39. Darüber hinaus wurde eine Aktualisierung des Textes vorgenommen.

Die Änderung des Artikels 12 Abs. 2 erfolgte ebenfalls aufgrund der Änderung des Artikels 39 des Saarvertrags. Der zweite Satz dieses Absatzes wurde gestrichen.

Der existierende Wortlaut des Artikels 12 Abs. 3 wurde gestrichen, da wegen der Liberalisierungsbemühungen der Bundesregierung die Errichtung eines Frachtenbüros in Saarbrücken nicht mehr in Frage kommt. Anstelle des bisherigen Textes ist geregelt, daß die Sonderbestimmungen nicht gelten, wenn der grenzüberschreitende Verkehr über die Mosel erfolgt.

Zu Nummer 9

Um nachprüfen zu können, welche Schiffe von Artikel 39 Abs. 2 des Saarvertrags erfaßt werden und damit die Sonderrechte in Anspruch nehmen können, genügt es,

eine beglaubigte Abschrift aus dem jeweiligen Schiffsregister an Bord vorzuweisen.

Zu Nummer 10

Das Paßrecht zwischen Frankreich und Deutschland ist inzwischen völlig liberalisiert, so daß die Absätze 1 und 2 des Artikels 14 ihre Bedeutung verloren haben und gestrichen werden können. Artikel 14 Abs. 3 ist den aktuellen Vorgaben angepaßt.

Zu Nummer 11

Da Gründe für die Beibehaltung der Sonderregelung nicht ersichtlich sind, war sie zu streichen.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel regelt das Inkrafttreten des Abkommens durch Austausch von Notifikationen. Der Tag des Inkrafttretens ist der Eingang der letzten Notifikation.

22.09.95

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Juli 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage

Der Bundesrat hat in seiner 688. Sitzung am 22. September 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu den Eingangsworten

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

"Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung:

Das Gesetz bedarf gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, da es in Artikel 1 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 3 Abs. 2 des Abkommens die Zuständigkeit von Landesbehörden regelt.

Im Rahmen des im November 1986 von den Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigungen verabschiedeten internationalen Warn- und Alarmplanes Mosel-Saar sind die Umweltministerien der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland Entscheidungsstellen für die Auslösung eines internationalen Alarms. Meldestelle für die Weitergabe von Meldungen ist für die Bundesrepublik Deutschland die im Rheinalarmplan eingerichtete internationale Warnzentrale Koblenz bei der dortigen Wasserschutzpolizei.